



**Freie** **FDP**  
**Demokraten**

im Dresdner Stadtrat

**Leidenschaftlich  
für Dresden**

2022–2024

Bilanz  
der FDP-Fraktion  
im Dresdner Stadtrat

**Leidenschaftlich  
für Dresden**

2022–2024

Bilanz  
der FDP-Fraktion  
im Dresdner Stadtrat



WILLST DU  
SCHAFFENTU  
NICHTOHNERAT  
H.VORWARTS

# Inhalt

---

<b>Vorwort</b>	<b>Seite 4</b>
<b>Stadtrat - Ein Ehrenamt, das viel Zeit kostet</b>	<b>Seite 6</b>
<b>1   Finanzen und Verwaltung</b>	<b>Seite 7</b>
<b>2   Wirtschaft und Tourismus</b>	<b>Seite 11</b>
<b>3   Kultur</b>	<b>Seite 15</b>
<b>4   Sport</b>	<b>Seite 17</b>
<b>5   Bildung und Soziales</b>	<b>Seite 19</b>
<b>6   Verkehr, Infrastruktur und Bau</b>	<b>Seite 21</b>
<b>Impressum</b>	<b>Seite 24</b>

# Vorwort

---



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Unterstützer und Freunde der FDP-Fraktion,

die Amtszeit des Dresdner Stadtrats 2019 bis 2024 endet. 2019 zogen fünf Kandidaten über Dresdner FDP-Wahllisten in den Stadtrat der Landeshauptstadt Sachsens ein. Mit 7,5 Prozent gab es das zweitbeste Ergebnis für die Freien Demokraten seit 1990. Mit Robert Malorny (Fraktionsvorsitzender seit Februar 2024), Holger Zastrow (Fraktionsvorsitzender von 2019 bis Januar 2024), Holger Hase, Christoph Blödner und Franz-Josef Fischer konnte eine fachliche Breite abgebildet werden, die sich in der Ratsarbeit für unsere Stadt schnell bemerkbar machte. So schafften wir es, beiden städtischen Haushalten für 2021/22 und 2023/24 eine sichtbare liberale Handschrift zu verpassen. Es war dringend notwendig, FDP-Positionen insbesondere bei den städtischen Finanzen hinein zu verhandeln, denn schon kurz nach den Kommunalwahlen 2019, nach der Konstituierung im Spätsommer, erfasste die Welt Anfang 2020 eine Pandemie, die sich auf alle Teile unseres persönlichen und öffentlichen Lebens auswirkte. Mit dem Corona-Virus begannen die 20er Jahre des 21. Jahrhunderts mit einem Bruch der dynamischen Entwicklung seit der Jahrtausendwende. Wenn Dresden in den Jahren seit Mitte der 2000er nur Aufstieg kannte, stagnierten aufgrund der Einschränkungen insbesondere im öffentlichen Leben der Handel, Gastronomie und Tourismus. Die Industrie wurde auch in Dresden durch die Einschränkungen glo-

baler Warenströme beeinflusst. Die FDP-Fraktion war die erste Fraktion, die einen Plan für mehr Möglichkeiten nach der Pandemie entwickelte. Im Mai 2020 legten wir einen 10-Punkte-Plan für die Wiederbelebung der Dresdner Freizeit- und Tourismuswirtschaft und des Gastgewerbes vor. Ein Erfolg aus diesem Maßnahmenkatalog: bis heute haben wir es geschafft, Sondernutzungsgebühren für die Gastronomen auszusetzen, die durch Corona und weitere Herausforderungen der letzten Jahre besonders unter Druck standen. Eine Erfolgsidee, die dazu beitrug, dass die Plätze der Stadt weiterleben und die Freisitze der Innenstadt und Gastro-Viertel nicht leer sind – und dass der wieder wachsende Tourismus gemeinsam mit dem Gastgewerbe stabil bleibt. Dresden ist im Jahr 2024 fast auf Vorpandemie-Niveau im Bereich Hotellerie. Für die Gäste aus aller Welt ist Dresden nach wie vor eine Reise wert.

Die Landeshauptstadt hat in den letzten fünf Jahren auch sonst viele Diskussionen erlebt. So hat Dresden trotz der schwierigen Jahre seit 2020 stets stabil gesicherte Finanzen und blieb handlungsfähig. Dies verdanken wir der liberalen Finanzpolitik des Oberbürgermeisters mit unserer Unterstützung. Das Bevölkerungswachstum der letzten Jahre ist zum Großteil auf den Zuzug von Menschen aus dem Ausland zurückzuführen – diesen Herausforderungen stellen wir uns mit Vernunft und Menschlichkeit. In der Amtszeit 2019 bis 2024 wurde im Stadtrat oft über Containerunterbringung, Bezahlkarte und Arbeitsanreize diskutiert. Dass die Globalisierung und Internationalisierung in Dresden angekommen sind, merkt man auch daran, dass große internationale Unternehmen sich für Dresden entschieden haben. Diese großen wirtschaftlichen Leuchttürme unserer Stadt brauchen natürlich Arbeitskräfte. und diese wiederum benötigen Wohnraum. Wir sind hier klar: der beste Weg für Wohnraum ist, den private Wohnungsbau zu beflügeln. Die Aktivitäten der „Wohnen in Dresden GmbH“ sind nur minimal wirksam – wichtig ist die zielgerichtete Entwicklung neuer Baugebiete für den privaten Sektor. Es wird sich zeigen, wie der grün dominierte Bau- und Verkehrsbereich das nach 2024 meistern wird.

Leider wurden im Jahr 2022 und 2023 wieder linke und grüne Bürgermeister mit den Stimmen der CDU ins Amt gewählt. Der Bürgermeisterstreit nach der Oberbürgermeisterwahl 2022 wirkt noch bis 2029 nach. Die nächste Rats-Amtszeit muss es schaffen, Mehrheiten zu

organisieren, die das ausgleichen. Länger wird uns auch der Krieg im Osten der Ukraine beeinflussen, die vielen Ukrainer in unserer Stadt sind aktiver Teil unserer Stadtgesellschaft – unsere Solidarität konnten wir mit der Aktion „Busse für Butscha“ im Jahr 2022 unterstreichen. Die zweite Hälfte der 20er Jahre muss nun aber mit mehr Freiheit und Frieden einhergehen.

Unsere Abschlussbilanz baut auf unserer Halbzeitbilanz von 2019-2022 auf und stellt einen Teil unserer Aktivitäten in den letzten Jahren dar. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen beim Lesen!

Ihr





# Freie FDP Demokraten im Dresdner Stadtrat

## Stadtrat – Ein Ehrenamt, das viel Zeit kostet

Im Gegensatz zu Bundes- und Landtag ist ein Stadtratsmandat ein Ehrenamt. Das heißt, man übernimmt die Tätigkeit zusätzlich zu Beruf- und Privatleben, wobei letzteres am meisten betroffen ist. Aber wieviel Zeit verschlingt so ein Stadtratsmandat?

Bei insgesamt 12 Ausschüssen, vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit bis zum Ausschuss für Wirtschaftsförderung, übernimmt jeder Stadtrat zwei bis drei Ausschüsse sowie zusätzlich circa drei weitere Gremien, also Unterausschüsse, Beiräte und Lenkungsgruppen. Im Monat verbringen die Stadträte in diesen Gremien zwischen 8 und 12 Stunden. Mit jährlich 16 Stadtratssitzungen und rund 20 Fraktionssitzungen sowie den Aufsichtsratssitzungen ist man im Monat bei durchschnittlich 25 Stunden reiner Sitzungszeit.

Hinzu kommen noch repräsentative Aufgaben wie die Teilnahme an Verleihungen, Gedenkveranstaltungen, Eröffnungen sowie Treffen mit Gästen der Fraktion oder der Partnerstädte, für die man im Monat auch 4 bis 10 Stunden einplanen sollte. Für Gespräche mit Vertretern von Unternehmen, von Vereinen, der Presse oder aus der Bürgerschaft sollte auch noch Zeit sein. In Summe kommt man da monatlich meist auf 40 Stunden. Bei Monaten, in denen sich die Sitzungen und Veranstaltungen häufen wie kurz vor den Sommerferien, vor der Weihnachtspause oder bei Haushaltsverhandlungen ist man auch schnell mal bei 60 Stunden im Monat. Nicht mitgerechnet ist übrigens die Vorbereitungszeit zu den Gremiensitzungen.



# 1

# Finanzen und Verwaltung

**D**ie zurückliegende Stadtratslegislaturperiode war von turbulenten Zeiten geprägt: Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, Energiekrise und Inflation haben sich auf alle Bereiche ausgewirkt, auch auf den Bereich Finanzen und Verwaltung. All das hat unterschiedliche Auswirkungen auf die Arbeit des Stadtrates und der Stadtverwaltung und natürlich die Stadtgesellschaft gehabt. Corona-Lockdowns und Arbeitseinschränkungen haben zu verminderten Steuereinnahmen geführt. Mit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges kamen viele tausend ukrainische Kriegsflüchtlinge nach Dresden. Und schließlich haben Energiekrise und Inflation für stark angestiegene Ausgaben gesorgt. Zwar stiegen auch die Steuereinnahmen unmittelbar nach der Corona-Pandemie deutlich an, sodass die Stadt Dresden inzwischen über einen 2,2-Mrd.-Haushalt verfügt, die Ausgaben stiegen aber noch mehr an, sodass das Jahr 2023 mit einem Minus von 15 Millionen Euro schließen musste. Genauso prägten Haushaltssperren die vergangene Legislaturperiode und die Stadtverwaltung konnte nur mit angezogener Handbremse Ausgaben tätigen. Tatsächlich stiegen die Ausgaben aufgrund der aus der Bundesebene übertragenen Aufgaben vor allem im Sozialbereich massiv an, seien dies Aufgaben rund ums Wohngeld oder der Unterbringung von Flüchtlingen.

Zudem fanden in dieser Wahlperiode hochumstrittene Beigeordnetenwahlen statt. Zwar gelang es, unter tatkräftiger Mitwirkung der FDP-Fraktion die Anzahl der Beigeordneten von sieben auf sechs zu verringern und somit eine Stelle in Zeiten knapper Kassen einzusparen. Allerdings haben sich die CDU und die linksgrünen Fraktionen die verbliebenen Beigeordnetensitze untereinander aufgeteilt, wobei die linksgrünen Fraktionen zwei Drittel der Sitze erhielten. Die FDP-Fraktion hat dabei immer die fehlende Spiegelbildlichkeit zum Stadtrat kritisiert, die in der Gemeindeordnung vorgegeben ist.

## Haushalt: FDP-Fraktion an beiden Doppelhaushalten beteiligt

In den beiden zurückliegenden Doppelhaushalten 2021/22 und 2023/24 konnte sich die FDP-Fraktion einbringen und einen überfraktionellen Haushalt gemeinsam mit CDU, Grünen, SPD und Linken verabschieden. Es war sowohl möglich, eigene Projekte und Ideen einzubringen, als auch klar nachteilige Vorhaben der Stadtverwaltung oder der linksgrünen Fraktionen zu verhindern. Wir haben dafür Sorge getragen, dass der Haushalt stabil bleibt, keine neuen Schulden im Kernhaushalt aufgenommen werden und keine Steuern erhöht oder gar neu eingeführt wurden. Zwei deutliche Parkgebührenerhöhungen wollte die Stadtverwaltung sowie CDU, Grüne, Linke und SPD durchdrücken. Die erste Parkgebührenerhöhung wurde von uns deutlich abgeschwächt, komplett verhindern ließ sie sich nicht. CDU, Grüne, Linke und SPD mussten unbedingt eine Parkgebührenerhöhung gegen Ende der Corona-Lockdowns durchsetzen, zu einem Zeitpunkt als die Innenstadt noch brachlag, Geschäftsschließungen stattfanden und viele Geschäfte nicht wussten, wie sie wieder auf die Beine kommen sollten. Die zweite geplante Parkgebührenerhöhung im Jahr 2023 verhinderte die FDP-Fraktion komplett, indem sie im Doppelhaushalt 2023/24 genügend Mittel für die Kompensation der Mehreinnahmenerwartungen aus der damaligen Steuerschätzung einstellte. In diesem Zuge sollten auch die Anwohnerparkgebühren

von 30 Euro auf 120 Euro bis 240 Euro jährlich steigen, eine Vervierfachung bzw. Verachtfachung der Gebühren drohte. Gedacht waren diese Einnahmen zur Gegenfinanzierung des beständig ansteigenden Defizites der DVB, das nicht mehr vollständig durch die Technischen Werke Dresdens abgedeckt werden kann. Auch für dieses Defizit schlug die FDP-Fraktion eine Gegenfinanzierung vor, die in den Haushaltsverhandlungen angenommen wurde.

Vorstellungen von höheren Steuern erteilte die FDP-Fraktion immer wieder eine Absage. Aus Sicht der Fraktion kann die Stadt ihre Einnahmenseite verbessern, wenn sie deutlich wirtschaftsfreundlicher wird und z.B. Gastronomen, Veranstalter, Schaustellern, Händlern und dem Baugewerbe klar entgegenkommen. Dazu gehört eine enorme Entbürokratisierung, vor allem bei Vergaben an Konzessionäre oder Auflagen an Bauprojekte. So können höhere Einnahmen aufgrund wirtschaftlicher Tätigkeit ermöglicht und eine höhere Wertschöpfung erzielt werden. Mit den bestehenden Regeln und Anforderungen werden alle Wirtschaftsbetriebe immer mehr gegängelt. Gerade die, die keine Fördermittel erhalten, werden oftmals am meisten behindert, wenn sie etwas in der Stadt auf die Beine stellen. Das hat die FDP im Stadtrat ebenfalls immer wieder angebracht.

## Energiesparmaßnahmen: Eher symbolisch als praktisch

Im Zuge der Energiekrise nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges musste in Deutschland aus Angst vor schwindenden Erdgasreserven bei Wärme und Strom gespart werden. Ganze Industriezweige verringerten ihre Produktion, Heizungen in öffentlichen Gebäuden wurden gedrosselt, Mitarbeiter saßen einen Winter lang im Kalten, Straßenbeleuchtungen wurden teils abgeschaltet. Als besonderes Schmankerl erdachten sich die Ämter der Stadt, die dekorative Außenbeleuchtung von öffentlichen Gebäuden und Bauwerken, von der Frauenkirche bis zu den historischen Brücken, im Winter abzuschalten. Auf die Frage hin, welcher Einspareffekt damit erzielt wurde, musste die grüne Umweltbürgermeisterin zugeben, dass der Effekt so marginal sei, dass er sich noch nicht einmal messen ließe. Schließlich setzte die FDP-Fraktion nach einiger Zeit durch, dass die Beleuchtung wieder angeschaltet wird und die Stadtsilhouette auch in den Abendstunden wieder zu sehen ist.

Bei einem weiteren Aspekt stellte die FDP-Fraktion die Arbeit der Stadtverwaltung in Frage. Nur 15% der Straßenleuchten waren im Jahr 2022 mit LEDs ausgestattet, pro Jahr rüstet die Stadtverwaltung 3% der Straßenleuchten auf LED um und spart damit rund 250.000 kWh im Jahr. Für die restlichen 85% der Straßenlaternen braucht die Stadtverwaltung bei der Ge-

schwindigkeit noch über 28 Jahre für die Umrüstung, dabei würden sich LEDs schon nach rund drei Jahren wieder amortisieren. Die FDP-Fraktion konnte kein Verständnis dafür aufbringen, warum an dieser Stelle so wenig Kraft investiert wird, während symbolischen Maßnahmen wie der Abschaltung der dekorativen Außenbeleuchtung ein so hoher Stellenwert eingeräumt wird.



## Hierfür haben wir uns eingesetzt:

### ► Kritik am Personalaufwuchs

Beim Personalaufwuchs der Verwaltung blieb die FDP-Fraktion immer kritisch und forderte ein Zurückgehen auf das Niveau von 2018. Zu viele Mitarbeiter im Rathaus haben zu viel Zeit, um sich immer neue Satzungen auszudenken, die eigentlich nicht notwendig wären. Um rund 500 Stellen ist die Kernstadtverwaltung seit 2018 gestiegen. Die Personalkosten sind allein in den letzten fünf Jahren um über 100 Millionen Euro auf über 500 Millionen Euro gestiegen.



### ► Stadt entfernt Graffiti nicht

Mehrfach bereits hatte die FDP-Fraktion im Stadtrat nach der Entfernung von Graffiti-Schmierereien im Stadtgebiet gefragt, oftmals bleiben viele Schandflecke über Monate hinweg zu sehen und die Stadt kümmert sich nicht. Selbst mit dem von der CDU im Haushalt bereitgestellten Geldern fängt die Stadtverwaltung manchmal monatelang nichts an. Als im Sommer letzten Jahres die Elbe niedrig stand, gab es eine gute Gelegenheit, das riesige Graffiti „Naddl&Ronny“ an der Carolabrücke zu entfernen. Schmierereien an so zentralen Orten stören das Gesamtbild der touristisch ansprechenden Innenstadt sensibel. Die ausgelöste mediale Aufmerksamkeit hat den Druck auf die untätige Verwaltung erhöht, die eine baldige Entfernung verkündete. Allerdings ist aufgrund des Hochwassers zum Jahresende wieder nichts passiert, auch danach hörte man nichts mehr.

### ► Dresdner Verkehrsbetriebe

Bei den Dresdner Verkehrsbetrieben laufen die Kosten vollkommen aus dem Ruder. Der Zuschussbedarf der DVB

aus den Technischen Werken (TWD) hat sich in wenigen Jahren von 40 Mio. Euro auf über 55 Mio. Euro erhöht. Selbst dieser Zuschuss reicht nicht aus, weshalb seit dem Doppelhaushalt 2023/24 die Stadt noch einspringen muss. Beschlossen wurden vom Stadtrat für das Jahr 2024 zunächst weitere 19,1 Mio. Euro, notwendig wurden kurze Zeit später schon 52,7 Mio. Euro. Damit hat sich der DVB-Zuschuss von ehemals 40 Mio. Euro auf voraussichtlich über 100 Mio. Euro im Jahr 2024 mehr als verdoppelt. Im Jahr 2028 plant die Stadt schon mit einem Zuschuss von bis zu 88,7 Mio. Euro zusätzlich zu den 55 Mio. Euro aus den TWD für die DVB AG. Die FDP-Fraktion hat hier ein konsequentes Sparprogramm gefordert, dass sich die DVB auferlegen muss, der Öffentliche Dienstleistungsauftrag, den der Stadtrat für die DVB beschließt, sollte überprüft werden und nicht ausreichend Mehrwert bietende Angebote sollten gestrichen werden. Eine große Unbekannte ist außerdem immer noch, wie viel der Bund genau als Ausgleichszahlung zu den Kosten des Deutschlandtickets und die Regionalisierungsmittel für den ÖPNV geben wird. Klar ist, dass es selbst nach der Anhebung des Bundes zu Beginn des Jahres um über eine Mrd. Euro lange nicht reichen wird und auch das Deutschlandticket ein massives Finanzloch bei der DVB reißt.

### ► Dresden Pass und Sozialprogramme

Im Sozialbereich sind über die letzten Jahre und Jahrzehnte eigene Förderprogramme und Hilfen entstanden. Allerdings gab es zuletzt einen deutlichen Ausbau bundespolitischer Unterstützung, beispielsweise bei der Erhöhung des Wohngeldes oder dem Programm Bildung und Teilhabe, welche die Notwendigkeit eigener städtischer Programme in Frage stellen. So hat die FDP-Fraktion gefordert, Maßnahmen wie den Dresden-Pass zu überprüfen und ggf. abzuschaffen. Die Kosten für den Dresden-Pass sind mit 4,36 Mio. Euro (2023) bzw. 4,5 Mio. (2024) im Haushaltsplan beziffert.



## Beigeordnete: Monatelanger Streit um Posten

Auch verwaltungsseitig hat die Legislaturperiode einige Veränderungen gesehen. Als Liberale haben wir uns im Zuge der Beigeordnetenwahlen für eine Verringerung der Bürgermeisterposten eingesetzt, anstatt sieben Beigeordnete sollte es nur noch sechs geben. Damit einher ging ein Neuzuschnitt der Ämter. Mithilfe des Oberbürgermeisters gelang diese Verringerung der Posten. Bei der Neubesetzung blieb die FDP außen vor, der Oberbürgermeister setzte nach monatelangen Verhandlungen stattdessen auf eine fragile Allianz aus CDU, Grünen und Linken, die noch während der Wahlen zerbrach. Erst im zweiten Anlauf wurde der sechste Beigeordnete, den die CDU stellt, gewählt – und das auch nur über einen politischen Deal mit den Dissidenten, die sich für ihre Zustimmung einen Klimabeirat als zusätzliches Gremium erstritten. Damit überhaupt eine Mehrheit zustande kam, stimmte tatsächlich auch die FDP-Fraktion für den neuen Wirtschaftsbürgermeister, auch um nach der monatelangen Hängepartie wieder Ruhe in den Stadtrat zu bekommen. Da CDU, Grünen, Linken und SPD in der ganzen Zeit nichts wichtiger war, als sich ihre Posten zu erstreiten, blieben viele Themen liegen und mussten vom Stadtrat in vielen zusätzlichen Sitzungen behandelt werden.

Das Ergebnis der Beigeordnetenwahlen drückt sich dann auch in einer unausgewogenen parteipolitischen Zusammensetzung aus. Entgegen den Regelungen der Gemeindeordnung spiegelt die Besetzung nicht die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat wider, von sechs Beigeordneten sind vier aus dem linksgrünen Lager (zwei Beigeordnete der Grünen und zwei Beigeordnete der Linken) und zwei von der CDU. Selbst zusammen stellen diese drei Fraktionen nicht einmal

die Hälfte des Stadtrates, nachdem unmittelbar nach den Beigeordnetenwahlen zwei Stadträte der Linken zur SPD wechselten.

An einer weiteren Front sorgte die FDP-Fraktion für Ruhe im Stadtrat, nämlich bei der Wahl der Vertreterreihenfolge des Oberbürgermeisters. Auch hier mussten mehrere Anläufe genommen werden, bis der CDU-Bildungsbürgermeister erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters wurde. Auch das gelang nur mit den Stimmen der FDP-Fraktion, nachdem erneut Grünen, Linken und SPD versuchten, die Vertreter für sich zu erzwingen. Daran zeigt sich vor allem, wie wenig Verlass auf Verhandlungen und Absprachen mit Grünen, Linken und SPD ist. Warum CDU und Oberbürgermeister dennoch gemeinsame Sache mit Linken und Grünen – nun zwar ohne die SPD – machen, das bleibt ein Geheimnis. Die FDP-Fraktion hat sich dagegen bei all den Auseinandersetzungen als kooperativ und konstruktiv gezeigt und das ohne politische Gegenleistungen. Im Gegenteil, sowohl der CDU-Bildungs- und Sportbürgermeister als auch CDU-Wirtschaftsbürgermeister waren im Anschluss nicht bereit, politischen Positionen der FDP-Fraktion entgegenzukommen. So widmete der CDU-Bildungsbürgermeister Gelder, die die FDP-Fraktion für die Großveranstaltungsförderung in den Doppelhaushalt hineinverhandelt hatte, für Sportevents um und strich die Konzepterstellung für die Internationale Hygiene-Ausstellung. Der CDU-Wirtschaftsbürgermeister half dagegen an keiner Stelle dabei, den Hüttenzauber auf dem Postplatz während der Adventszeit zu erhalten, wofür sich die FDP-Fraktion besonders stark eingesetzt hatte.

Beigeordneter für Bildung,  
Jugend und Sport

Erster Bürgermeister  
Jan Donhauser (CDU)

Beigeordnete für Arbeit,  
Soziales, Gesundheit  
und Wohnen

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann  
(Die Linke)

Beigeordneter für  
Stadtentwicklung, Bau,  
Verkehr und Liegenschaften

Stephan Kühn  
(Bündnis 90/Die Grünen)

Beigeordneter für Wirtschaft,  
Digitales, Personal und  
Sicherheit

Jan Pratzka (CDU)

Beigeordnete für Kultur,  
Wissenschaft und Tourismus

Annekatri Klepsch  
(Die Linke)

Beigeordnete für Umwelt und  
Klima, Recht und Ordnung

Eva Jähnigen  
(Bündnis 90/Die Grünen)

# 2

## Wirtschaft und Tourismus

**N**ach der Krise war vor der Krise, könnte man meinen, wenn man auf die zurückliegende Stadtratslegislaturperiode schaut. Denn kaum waren die teilweise über Nacht angekündigten fortgesetzten Corona-Lockdowns vorbei, kam die Energiekrise und anschließend die Inflation. Das traf viele kleine Handels- und Gewerbebetriebe, vor allem im Bereich der Gastronomie, der Schausteller, Veranstalter und den Tourismus. Zwar erholten sich manche Bereiche Stück für Stück und gerade die Übernachtungszahlen von Touristen können sich durchaus wieder sehen lassen, auf dem Vor-Corona-Niveau sind Tourismus, Gastronomie, Marktbetreiber oder Veranstalter noch nicht wieder angelangt. Der Stadtrat stellte auf Basis von Initiativen der FDP-Fraktion einige Weichen zur Entlastung dieser Branchen, sei es bei der Großveranstaltungsförderung oder der Sondernutzungsgebührenbefreiung, und begleitet weiterhin positiv die Entwicklung von Sehenswürdigkeiten wie der Sanierung und das Nutzungskonzept zum Fernsehturm. Noch wird es aber einige Zeit dauern, bis all die Krisen überwunden sind.

## Chipfabriken: Ansiedlung im Norden



Dresden ist der große Wurf gelungen! Der weltgrößte Halbleiterhersteller TSMC wird sein neues Werk als Joint Venture mit anderen Firmen in Dresden errichten. Gemeinsam

mit der Intel-Ansiedlung in Magdeburg kann die Region damit ihre Position als Mikrochip-Herz Europas verfestigen. Dresden winken neben wachsender wirtschaftlicher Bedeutung auch immense Gewerbesteuererinnahmen. Doch mit den Vorteilen kommen auch Herausforderungen: Durch den Fabrikbau entstehen 2.000 neue Arbeitsplätze. Die Stellen werden nicht nur durch Dresdnerinnen und Dresdner besetzt werden können, sodass mit einem entsprechenden Zuzug von außerhalb zu rechnen ist. Damit der Wohnungsmarkt in Dresden diesen Zuwachs aufnehmen kann, ist gute Planung erforderlich. Da die Stadtverwaltung private Bauprojekte jahrelang verzögert hat und die Bauprojekte der städtischen WiD bekanntlich eher schleppend vorankommen, ist fraglich, woher die benötigten Wohnungen kommen sollen. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass die Ortschaften und Umlandgemeinden einbezogen werden, um den zukünftigen Arbeitskräften eine neue Heimat zu bieten. Doch auch andere Problemfelder müssen noch angegangen werden. Neben Wohnungen ist auch Infrastruktur wie Schulen und Kindergärten nötig, das Gelände des zukünftigen Werkes ist derzeit nicht an das Straßennetz angeschlossen und ein neues Wasserwerk für die Produktion muss gebaut werden. Damit das Großprojekt ein Erfolg wird, ist viel Zuarbeit von der Stadtverwaltung erforderlich. Ob das gelingt, steht in den Sternen.

## Großveranstaltungsförderung: Leidiger Kampf gegen die Bürokratie

Die FDP-Fraktion hat sich dafür eingesetzt, der Dresden Marketing GmbH für die Jahre 2023 und 2024 zusätzlich jeweils 330.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel sollten für die Großveranstaltungen eingesetzt werden, aber auch um eine Machbarkeitsstudie zur Realisierung einer Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden zu finanzieren sowie die Durchführung des Triathlons Iron Man und das Caspar-David-Friedrich-Jahr zu fördern. Der Iron Man fiel aus und die Stadtverwaltung weigerte sich anschließend, der Dresden Marketing GmbH das Geld auszuzahlen. Stattdessen entschied der Stadtrat später entgegen des Haushaltsbeschlusses, das Geld für andere Sportereignisse wie den Sommer-Biathlon zu verwenden. Geholfen hat das den Großveranstaltungen nicht, seit Corona sind immer noch viele in Schieflage, sei dies das Dixieland Festival oder die immer noch abgesagte Bunte Republik Neustadt. Schon in den zwei Jahren davor setzte sich die FDP-Fraktion erfolgreich für eine Großveranstaltungsförderung ein und erstritt dafür 600.000 Euro im Haushalt. Diese Förderung kam auch nur zum Teil bei den von uns priorisierten Empfängern an, den anderen Teil verteilte die linke Kulturbürgermeisterin an viele kleine Kulturschaffende, die nicht die erhofften Außenwirkungen hatten.



## Hierfür haben wir uns eingesetzt:

### ► Postplatz

Neben den traditionellen Weihnachtsmärkten gab es in Dresden in vergangenen Adventszeiten auch ein eher unkonventionelles Event auf dem Postplatz. Das richtete sich überwiegend an junge Leute und wurde auch gut angenommen. Nur der Verwaltung war es offensichtlich ein Dorn im Auge. Als letztes Jahr die Neuausschreibung der Veranstaltung an der Reihe war, blamierte sich die Verwaltung zunächst, in dem sie dem Zuschlag einem unzulässigen Gebot geben wollte. Im zweiten Anlauf entschied sich die Verwaltung dann anhand subjektiver Kriterien zugunsten eines neuen Betreibers. Die FDP-Fraktion setzte sich dafür ein, dass die Stadt die Suche nach einem neuen Standort für das beliebte Format unterstützt. Schlussendlich konnte eine neue Fläche gefunden werden, der Verwaltung ist es jedoch nicht zu danken.



### ► Elbeflohmärkte

Auch die Konzession für die Betreuung des Elbeflohmärktes wurde im vergangenen Jahr neu ausgeschrieben. Sinn einer Neuausschreibung ist bekanntlich, dass auch andere Bewerber eine faire Chance haben, den Markt zukünftig zu veranstalten. Bei dieser Ausschreibung gab es jedoch ein deutliches Manko. Der alte Betreiber hatte nämlich die Kasematten in der Elbmauer von der Stadt angemietet und nutzte die dortigen Strom- und Wasseranschlüsse für den Trödelmarkt. Der Mietvertrag über diese Kasematten war jedoch nicht Bestandteil der Ausschreibung, sodass ein neuer Bewerber keinen Zugang zu den Anschlüssen hätte, was die Betreuung des Marktes natürlich erschweren würde. Die FDP-Fraktion drängt darauf, dass bei zukünftigen Ausschreibungen darauf geachtet wird, dass tatsächlich alle Bewerber die gleichen Bedingungen vorfinden.

### ► Altmarkt

Über die vergangenen zwei Jahre wurde der Altmarkt saniert und war abgesehen vom Striezelmarkt nicht nutzbar. Ein besonderes Problem stellte das für die anlie-

genden Gastronomen dar. Für gewöhnlich nutzen diese den Altmarkt bei schönem Wetter zur Erweiterung der Freischankfläche, sodass die Dresdner und ihre Gäste im Sommer Speisen und Getränke in der Sonne genießen können. Das musste natürlich ausfallen, als das Pflaster an den betreffenden Stellen vor den Lokalen ausgetauscht wurde. Leider mussten die Gastronomen aber feststellen, dass auch nach dem Austausch des Pflasters die Flächen nicht zugänglich waren. Das Areal blieb bis zum endgültigen Abschluss aller Bereiche eingezäunt. Den Wirten entgingen dadurch reichlich Umsätze. Trotz mehrfacher Rücksprachen der FDP-Fraktion mit dem Baubürgermeister ließ sich kein befriedigender Kompromiss erreichen.

### ► Augustusbrücke

Die Augustusbrücke soll zur Karlsbrücke werden, das hat der Stadtrat vor fast 10 Jahren beschlossen. Der vollmundige Vergleich mit der Prager Brücke und das Versprechen, dass eine sanierte autofreie Augustusbrücke ein Gewinn für den Tourismus, die Kultur und alle Fußgänger sei, verleitete den Stadtrat zur Entscheidung, sie für den Autoverkehr zu sperren. Vor zweieinhalb Jahren wurde die Sanierung als Verkehrsbrücke übrigens beendet, kulturell bespielt wurde sie seitdem nicht. Tatsächlich bleiben Fußgänger auf den Fußwegen, die Straßenbahn auf den Gleisen und Taxis und Radfahrer auf der Straße, die Stadtrundfahrt darf dagegen bis heute die Brücke nicht mehr nutzen. Die FDP-Stadtratsfraktion forderte daraufhin die Möglichkeit, eine zeitlich begrenzte Fußgängerzone auf der Augustusbrücke zu schaffen und damit eine zeitweise Sperrung für den ÖPNV und andere motorisierte Verkehrsteilnehmer an bestimmten stark frequentierten Wochenenden, Feiertagen und Anlässen zu prüfen. Dies sind unter anderem Wochenenden wie Ostern und Pfingsten, die Adventswochenenden, Silvester sowie bei relevanten Großveranstaltungen im Umfeld, beispielsweise dem Filmnächtegelände am Elbufer oder auf dem Theaterplatz. Auch andere Feiertage oder aus touristischer Sicht sinnvolle Wochenenden wie beispielsweise die in den Sommermonaten gelegenen sollen mit betrachtet werden. Eine Entscheidung des Stadtrates über diese Initiative stand bis zuletzt noch aus.



## Hierfür haben wir uns eingesetzt:

### ► Filmnächte

Rechtsamt und Vergabestellen der Stadtverwaltung haben in den letzten Jahren immer wieder gar wunderliche Einschätzungen vorgelegt und lagen durchaus komplett daneben, sei es zum Lingnerschloss oder zur Vergaben wie dem Weihnachtsmarkt am Postplatz oder den Außenwerberechten. Eines Tages kam die Verwaltung auf die Idee, das Gelände am Königsufer, welches bisher im Sommer von den Filmnächten am Elbufer genutzt wird, ab dem Jahr 2026 über eine Dienstleistungskonzession auszuschreiben. Das erlaubt es der Stadtverwaltung, inhaltlichen Einfluss zu nehmen. Bisher konnten die Betreiber der Filmnächte das Gelände über einen regulären Nutzungsvertrag bespielen. Eine entsprechende Vorlage wurde erarbeitet und dem Stadtrat zur Zustimmung untergejubelt, ohne darin klar die Konsequenzen zu benennen. Erst in der Folgevorlage zur Ausgestaltung der Vergabekonditionen wurde deutlich, was die Stadtverwaltung beabsichtigte und Teile des Stadtrates einschließlich der FDP-Fraktion begannen sich dagegen zu stemmen. Die Ausschreibung einer Dienstleistungskonzession des Filmnächtegeländes bedeutet nichts anderes als das Misstrauen gegen ein seit über 30 Jahren erfolgreiches und beliebtes Event. Nichts spricht aus Sicht der FDP-Fraktion dafür, dass der inhaltliche Einfluss der Stadt zu einer besseren Qualität führt. Wieder einmal ist die Stadt drauf und dran ein wichtiges und erfolgreiches Event im Stadtleben zu zerstören und wieder einmal erleben wir, wie die Verwaltung stur an ihrer Auffassung festhält und die Wünsche des Stadtrates oder der Bürgerschaft nicht ernstnimmt.

### ► Wiederbelebung der Innenstadt

Ein durch die FDP-Fraktion erstrittener Zuschuss für den Citymanagement e.V. für die Jahre 2021 und 2022 um jeweils 100.000 Euro und für die Jahre 2023 und 2024 um jeweils 50.000 Euro soll den Verein in die Lage versetzen, Untersuchungen und Konzepte zum innerstädtischen Einzelhandel zu beauftragen bzw. durchzuführen. Das war insbesondere nach der Corona-Krise notwendig, um klar und deutlich die Probleme des Einzelhandels zu erfassen und an den richtigen Stellschrauben anzusetzen. Eigenverantwortlich wurde die erforderliche Neuaufstellung des innerstädtischen Einzelhandels und des innerstädtischen Wirtschaftslebens insgesamt institutionell und konzeptionell unterstützt.

### ► Sondernutzungsgebührenbefreiung für Veranstalter und Gastronomie

Seit der Corona-Krise stellt die Stadt die Gebühren für Sondernutzungen im öffentlichen Raum frei. Dafür hat die FDP-Fraktion im Stadtrat gekämpft und die Mindererinnahmen im Haushalt verankert. Bis Ende 2024 werden für Außengastronomie sowie für Veranstaltungen und Veranstaltungswerbung im öffentlichen Raum keine Gebühren erhoben, was der gebeutelten Branche wenigstens etwas helfen soll. Bis Ende 2022 waren auch die Warenauslagen von Ladenbesitzern gebührenfrei. Noch zuletzt startete die FDP-Fraktion eine Initiative im Stadtrat, die Sondernutzungsgebühren für die genannten Branchen dauerhaft freizustellen.



**D**ie Stadt Dresden lebt ihren Anspruch als Kulturstadt in ganz verschiedenen Sphären aus. Neben der offensichtlichen Fülle an Bühnen, Konzerten und Schätzen der Architektur zählt dazu auch ein gewisses Selbstverständnis ihrer Bevölkerung und der gelebte Umgang mit ihrer Geschichte. Bei so verschiedenen Betrachtungsweisen und Standpunkten, kommt es natürlich schnell zu Gerangel, wenn es um die Verteilung knapper Ressourcen und die Behauptung der Deutungshoheit geht. Die einen wollen die Bedeutung der großen Institutionen hervorheben, während andere Nischenkultur stärker unterstützen wollen. Manche begreifen Straßenmusik und Neustädter Elektroklubs als wichtigen und schützenswerten Bestandteil der Kulturlandschaft, während Anwohner sich vor allem nach Ruhe sehnen. Für die FDP-Fraktion ist klar, dass die Fragen nach der Entwicklung im kulturellen Bereich nicht in den Stuben der Verwaltung getroffen werden können. Kultur wird von den Menschen gemacht, von den vielen Kunstschaffenden, Vereinen, Netzwerken, freiwilligen Helfern und letztendlich auch vom Publikum. Die Verwaltung hat dafür zu sorgen, Rahmenbedingungen zu schaffen unter denen alle ihrer Kunst nachgehen können. Das bedeutet indes nicht, dass auch alles aus der Gemeinschaftskasse gefördert werden muss.

Auch bei dem Thema Erinnerungskultur gehen die Vorstellungen weit auseinander. Von den verschiedenen Rändern werden Extrempositionen formuliert, wie mit Dresdens vielschichtiger Vergangenheit umzugehen sei. Die Debatten über den richtigen Umgang mit den sichtbaren Zeugnissen der Vergangenheit in der Stadt werden oft sehr hitzig, müssen aber geführt werden. Um genau diese Fragen besprechen zu können hat die FDP-Fraktion sich für den Beirat für Erinnerungskultur stark gemacht, in dem zukünftig gemeinsam Wege des Erinnerns entwickelt werden.

## Hierfür haben wir uns eingesetzt:

### ► Kontextualisierung Denkmäler

Die Erinnerungskultur in Dresden ist bekanntlich ein besonders sensibles Thema. Sehr verschiedene Vorstellungen hinsichtlich des besten Umgangs mit der Geschichte Dresdens nehmen den selben öffentlichen Raum und dieselben Erinnerungsorte für sich in Anspruch. Einige Denkmäler, die in früheren Zeiten aufgestellt wurden, erscheinen heute vielen fragwürdig oder gar anrüchig. Wo einige Stimmen schon pauschal nach der Entfernung dieser Geschichtszeugnisse rufen, hat die FDP-Fraktion einen anderen Vorschlag gemacht; auch strittige Denkmale wie das Sowjetische Ehrenmal am Olbrichtplatz und der Ehrenhain auf dem Nordfriedhof sollen weiterhin saniert und in gutem Zustand erhalten werden. Zusätzlich soll es aber ein Konzept zur Kontextualisierung dieser Denkmale geben. Informationen über die Entstehungszeit und -umstände sollen diese Denkmäler künftig historisch einordnen und es so ermöglichen, diese kontroversen Orte auch in unserer Zeit als Bestandteile der Geschichte der Stadt zu verstehen und zu deuten.

### ► Großveranstaltungen und Bürokratie

In den letzten Jahren mussten die Dresdnerinnen und Dresdner feststellen, dass viele etablierte und beliebte Veranstaltungen nicht mehr stattfinden. Weder die BRN, noch das Hechtfest konnte in den letzten Jahren stattfinden, das Elbhangfest steht auf Messers Schneide und das Dixieland-Festival lässt die berühmte Dixie-Parade ausfallen. Wie kommt es dazu? Eine Expertenanhörung mit den Veranstaltern hat ergeben, dass es zwei Hauptursachen gibt. Zum einen sind die Kosten für die Durchführung wesentlich gestiegen, während Sponsoren seltener und zurückhaltender werden. Zum anderen macht eine Vielzahl bürokratischer Auflagen und Richtlinien die Durchführung von Veranstaltung oft besonders schwer, für kleine, gemeinnützige Initiativen oft sogar unmöglich. Für die FDP-Fraktion ist klar, dass diese Hürden abgebaut werden müssen. Jenseits der gesetzlichen Standards von Bundes- und Landesebene sollte die Landeshauptstadt nicht auch noch mit zusätzlichen, kommunalen Regelungen versuchen, Veranstaltungen übermäßig zu regulieren. Für etablierte Großveranstaltungen, die viele Besucher aus dem Umland anziehen, muss es zielgenaue Unterstützung geben. Die FDP-Fraktion hat zudem beantragt, dass die Sondernutzungsgebühr für eintrittsfreie Veranstaltungen im öffentlichen Raum abgeschafft wird. Bereits in den Vorjahren, war diese Gebühr auf Betreiben der Liberalen ausgesetzt worden. Veranstalter und Schaulsteller haben rückgemeldet, dass diese Maßnahme sie vor dem finanziellen Schiffbruch bewahrt hat. Die vollständige Aufhebung der Gebühr kann daher ein Beitrag zum Erhalt der Veranstaltungslandschaft in Dresden sein.

### ► Inskription Altmarkt

Auch ein weiteres Thema der Erinnerungspflege sorgte dieses Jahr für einen regelrechten Skandal: Die Inskription auf dem Altmarkt, die gemeinsam mit dem Flächendenkmal an die Verbrennung von 6.865 Toten des Luftangriffes im Februar 1945 erinnerte, war überraschend und ohne Abstimmung mit dem Stadtrat oder den erinnerungskulturellen Vereinen entfernt worden. Die Stadtverwaltung vergrößerte die Verwirrung in den ersten Tagen nach dem Vorfall noch, in dem sie widersprechende Stellungnahmen zu dem Thema veröffentlichte. Hieß es zunächst, die Verwaltung wisse nichts von dem Sachverhalt, vermeldete man später, die Umgestaltung erfolge planmäßig. Das intransparente Vorgehen der Verwaltung irritierte viele Bürger und veranlasste die FDP-Fraktion einen Eilantrag zur Aufklärung des Sachverhaltes zu stellen. Die Gestaltung des Erinnerungsortes Altmarkt geschieht künftig nicht mehr als Alleingang der Verwaltung, sondern in Abstimmung mit dem Beirat für Erinnerungskultur, in dem die Stadtratsfraktionen und zivilgesellschaftliche Akteure vertreten sind.



### ► Bundesgartenschau 2033

Nun steht es fest: Dresden hat den Zuschlag bekommen und wird die Bundesgartenschau 2033 ausrichten. Das bedeutet nicht nur einen Prestigegewinn für die Landeshauptstadt und eine riesige Chance für den Tourismus, sondern auch ein großes Investitionspaket. Dresden wird die Gelegenheit nutzen um eine Reihe von Projekten in Angriff zu nehmen, die die Landeshauptstadt dauerhaft verschönern werden. Das Konzept umfasst unter anderem den Grünzug Südpark, der die Altstadt mit dem Ausstellungsgelände im Südpark verbinden wird und das „Blaue Band Gerberbach“, das Prohlis aufwerten wird. Die FDP hat die Bewerbung zur Austragung der Bundesgartenschau von Anfang an unterstützt. Damit die Umsetzung gelingt und Dresden als Gastgeber der größten Gartenbauausstellung Deutschlands glänzen kann, muss jetzt auch die Stadtgesellschaft in die Realisierung einbezogen werden.

# 4

## Sport

**F**airness ist eine Grundregel im Sport. Diese wollen wir auch für die Vereinslandschaft in Dresden umsetzen. So wichtig der Profisport und große Hallen und Stadien für Dresden sind, müssen flächendeckend auch für den Breitensport die Bedingungen stimmen.

Da Dresden eine wachsende Stadt ist und auch die Sportarten vielfältiger werden, muss die Sportlandschaft kontinuierlich ausgebaut werden. Als Grundlage dafür dient Verwaltung und Stadtrat das Sanierungs- und Entwicklungskonzept Dresdner Sportstätten, die Sportstrategie und das Bäderkonzept. Vor allem muss aber eine Antwort gefunden werden, wie wir die gestiegenen Bau- und Betriebskosten für die Sportstätten und Bäder dauerhaft finanzieren. Die Landesregierung hat hier an mehreren Stellen die Finanzierung in den Sport heruntergefahren. Diese Förderpraxis hat dazu geführt, dass Sportvereine bei Bauvorhaben häufig auf unvorhersehbaren Mehrkosten sitzenbleiben. Und auch die Energiekostensteigerungen haben die Vereine in Finanznöte gebracht. Immer wieder hat hier der Stadtrat Gelder umlenken müssen. Unverschuldete Mehrkosten dürfen nicht zu Lasten der Sportvereine und Träger gehen. Wir fordern eine gerechte Ausgestaltung der Förderung vom Land.

Um den ansteigenden Kosten entgegenzuwirken soll der Eigenbetrieb Sport auch verstärkt Sportstätten für die wirtschaftliche Nutzung vermarkten. Dabei unterstützen wir Initiativen zur Austragung von nationalen und internationalen Sportveranstaltungen in Dresden, welche entweder hohe Zuschauerzahlen oder einen relevanten Marketingeffekt für Dresden erwarten lassen. Dresden muss Synergieeffekte nutzen und die Austragung reichweitenstarker Veranstaltungen aktiv fördern.

## Dresdner Bäderlandschaft: Konzept versus Realität

Am 1. Januar 2013 wurde die Bäder GmbH gegründet und die städtischen Schwimmbäder in dieses 100%ige Tochterunternehmen der Stadt Dresden überführt. Damit war die Entscheidungshoheit über die Schwimmbäder dem Stadtrat entzogen. Doch Beschwerden und Diskussionen um die Bäder reißen nicht ab, sondern verschärfen sich.

So erfuhren die Stadträte im Januar 2023 aus der Zeitung überraschend vom geplanten Aus für den Ersatzneubau der Schwimmhalle Klotzsche. Das ließ der Stadtrat nicht zu. Mit mehreren Anträgen wurde die Bäder GmbH nachdrücklich beauftragt den Erbbaurechtsvertrag des Grundstückes für den Ersatzbau an der Königsbrücker Landstraße aufrecht zu erhalten und den Bau mit hoher Priorität zu realisieren. Dafür müssen im kommenden Doppelhaushalt weitere Millionen eingeplant werden bzw. andere Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden.

Keine dauerhafte Lösung gibt es bisher für das Stauseebad Cossebaude, dass vom ehemaligen Pumpspeicherwerk Niederwartha gespeist wird. Seit Jahren ist bekannt, dass der bisherige Eigentümer Vattenfall das Werk stilllegen möchte.

Auch die Zukunft des Elbamares ist kurz vor Beendigung der Verträge mit dem aktuellen Betreiber noch nicht geklärt.

Beim Sachsenbad ist noch nicht mal das Grundstück festgelegt. Lediglich die Machbarkeitsstudie mit verschiedenen Vorschlägen liegt seit 2021 auf dem Tisch.

Auch die Probleme im Luftbad Dölzchen und die Vernachlässigung des ehemaligen Marienbades sowie die Badestelle Weixdorf sind das unbefriedigende Ergebnis der Ausgliederung. Lippenbekenntnisse und Schaufensteranträge der Linken sind bei diesen Problematiken reine Symbolpolitik und entfalten keinerlei Wirkung. Die Bäder GmbH zeigt immer wieder, dass sie den ihnen übertragenen Aufgaben zur Sanierung, dem Neubau und dem Betrieb der städtischen Schwimmbäder nicht gewachsen ist. Daher forderten wir eine ergebnisoffene Evaluierung der Bäder GmbH um künftig über eine eventuelle Rückübertragung der Dresdner Bäder in den Eigenbetrieb Sportstätten beraten zu können. Die Evaluierung war jedoch eher ein Bericht und nicht geeignet eine Abwägung zu treffen. Das Thema muss in der Wahlperiode 8 weiter vorangetrieben werden.

### Hierfür haben wir uns eingesetzt:

#### ► Erinnerung an Dixie Dörner

Im Januar 2022 verstarb die Dresdner Fußballlegende Dixie Dörner. Sein Engagement in der Dresdner Sportlandschaft sollte dauerhaft gewürdigt werden. Stadtrat und Verein wollten dies schnellstmöglich umsetzen. Eine Ehrenbürgerschaft kam nicht in Frage, da diese postum nicht möglich ist. Die FDP-Fraktion beantragte, die Lenéstraße in Dixie-Dörner-Straße umzubenennen. Da aber laut Straßenbenennungsrichtlinie auch mindestens 10 Jahre vergehen müssen, bis eine Straße bzw. ein Platz nach der Person benannt werden kann, rückte eine Stiftung in den Fokus. Die bereits seit 2008 in Verwaltung der Bürgerstiftung bestehende Fußballnachwuchs-Stiftung Dresden wurde ihm zu Ehren am 24. November 2022 nach Dixie Dörner benannt. Die Mitglieder der SG Dynamo Dresden sowie der Stadtrat der Landeshauptstadt haben jeweils ihre Beteiligung an der Stiftung beschlossen und dies mit einer ersten Zustiftung von je 60.000 Euro verbunden. Außerdem hat sich der Stadtrat in seinem Beschluss im November 2023 dazu bekannt, in der Zukunft eine neue Straße nach der Fußballlegende zu benennen. So soll sein Andenken erhalten bleiben.

#### ► Nachsteuern beim Steyer-Stadion

Das neue Heinz-Steyer-Stadion wird deutlich teurer als 2020 geplant. Die veranschlagten Kosten für den Umbau und die Erweiterung der Fußball- und Leichtathletikarena beliefen sich damals auf rund 34 Millionen Euro. Im Januar 2024 musste der Stadtrat sich mit Kostensteigerungen von rund 20 Millionen beschäftigen. Davon ist ein Teil mit Baukostensteigerungen zu erklären. Einen großen Anteil daran hat jedoch die digitale Infrastruktur, die bei der ursprünglichen Planung unter Verantwortung des damaligen Finanz- und Sportbürgermeisters, Peter Lames (SPD) komplett vergessen wurde. Im August soll das Stadion nun eröffnet werden. Auf die Betreuung des Komplexes muss der Stadtrat jedoch weiterhin ein Auge haben, denn das bisher vorgelegte Betreiberkonzept konnte nicht überzeugen. Es fehlt darin an Mut und innovativen Ideen, um die neue Multifunktionsarena wirtschaftlich zu betreiben. Stattdessen werden darin jede Menge Auflagen und Punkte genannt, warum Großveranstaltungen nur in geringer Anzahl möglich sind. Hier muss unbedingt nachgesteuert werden, um den Sporttät nicht zum Nachteil anderer Sportstätten zu strapazieren.

# 5

## Bildung und Soziales

**D**ie hohe Inflation in den vergangenen Jahren hat einkommensschwache Haushalte in Dresden besonders hart getroffen. Gleichzeitig sind während der Pandemie-Zeit viele wichtige Strukturen in der Sozialarbeit strapaziert worden oder gar weggebrochen. Zudem halten veränderte bundesgesetzliche Anforderungen bei der Ausweitung des Wohngeldes das Dresdner Sozialamt in Schach. Leider kommt die Verwaltung bei der Anpassung an die neue Situation teilweise viel zu langsam voran, teilweise möchte sie weit über das Ziel hinausschießen. Die FDP-Fraktion ist hier oft korrigierend dazwischen gegangen. Natürlich muss in diesem Zusammenhang auch das kontroverse Thema der Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen angesprochen werden. Dresden ist verpflichtet, die vom Land zugewiesenen Personen aufzunehmen. Hinsichtlich der Unterbringung gibt es jedoch sehr verschiedene Meinungen. Während manche versucht haben, sich ganz aus der Verantwortung zu stellen, hat die FDP-Fraktion nach Kompromissen gesucht – und Mehrheiten gefunden.

Auch im Bereich der Bildung sieht nicht alles rosig aus. Lehrermangel und schlechte PISA-Ergebnisse machen sich überall bemerkbar und gehen auch an Dresden nicht vorbei. Gleichzeitig versuchen neue Schulkonzepte wie die Unischule und Gemeinschaftsschulen eigene Wege zu gehen. Ob dabei alles Gold ist, was glänzt, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen. Die FDP-Fraktion hat sich während dieser Amtszeit dafür stark gemacht, die vorhandenen Ressourcen gleichmäßig zu verteilen, anstatt sich auf Prestige-Projekte zu versteifen.

## Ukraine-Hilfe: Busse für Butscha

Als der Krieg in der Ukraine mit den Überfall Russlands im Februar 2022 begann, regte sich auch in Dresden eine Welle der Solidarität. Zahlreiche Vereine und spontane Initiativen halfen einerseits bei der Aufnahme fliehender Ukrainer, andererseits sammelten Dresdener Bürgerinnen und Bürger Hilfsgüter für die Ukraine. Auch im Dresdner Stadtrat entstand der Wunsch, vor Ort zu helfen. Die FDP-Fraktion stellte daher den Antrag, drei Stadtbusse, die aus dem Fuhrpark der DVB ausgesondert und versteigert werden sollten, anzukaufen und der ukrainischen Gemeinde Butscha zu spenden. Butscha (bei Kiew) war besonders hart von den russischen Angriffen getroffen worden. Die völlige Zerstörung der Infrastruktur des dortigen Nahverkehrs verlangsamte den Wiederaufbau.

Mit großer Mehrheit stimmte der Stadtrat für den FDP-Vorschlag. In nur wenigen Tagen wurden die Busse flottgemacht, mit Hilfsgütern beladen und in Zusammenarbeit mit der Dresdner Initiative „Busse voller Hoffnung“ in die Ukraine überführt. Auch unser Stadtrat Holger Zastrow hat die Busse

begleitet und sich von der Lage in Butscha ein Bild gemacht. Dort sind sie jetzt im Einsatz und unterstützen beim Wiederaufbau.



### Hierfür haben wir uns eingesetzt:

#### ► Asyl-Standorte

Wenig Themen wurden in Dresden in den letzten Jahren so hitzig und kontrovers diskutiert wie die Unterbringung von Flüchtlingen. Fakt ist: Dresden ist verpflichtet, die Personen, die vom Freistaat zugewiesen werden, aufzunehmen und unterzubringen. Die Kommunen haben in dieser Frage kein Mitspracherecht und sind dafür verantwortlich die Unterbringung zu organisieren. Die Stadt hatte eine Reihe von Standorten für sogenannte Mobile Raumeinheiten (besser bekannt als Container) vorgeschlagen. Einige dieser Standorte waren völlig ungeeignet. Durch einen Änderungsantrag konnten wir verhindern, dass an der Forststraße, der Rudolf-Bergander-Straße und dem Altgorbitzer Ring Container errichtet werden. Den übrigen Standorten hat die FDP-Fraktion zugestimmt. Dresden kann sich um die Aufgabe, Menschen aufzunehmen, nicht einfach drücken. Wenn die Unterbringung in eigenen und angemieteten Wohnung nicht möglich ist, sind Wohncontainer die nächstbessere Lösung. Selbstverständlich sind auch damit nicht alle zufrieden, doch eine Komplettverweigerung ist keine Lösung und politisch unverantwortlich.

#### ► Wohnungsdeal mit der Vonovia

Um den Bedarf an Sozialwohnungen zu decken, ist die Landeshauptstadt mit dem Immobilienunternehmen Vo-

novia in Verhandlung getreten. Nun steht das Ergebnis der Verhandlungen fest und ist von Stadtrat bestätigt worden. Dresden kauft 1.213 Wohnungen sowie einige Grundstücke an, die zukünftig von der stadteigenen Wohnungsbau-Gesellschaft Wohnen in Dresden (WiD) entwickelt und verwaltet werden sollen. Die FDP-Fraktion stellte sich gegen dieses Vorgehen. Durch den Ankauf der Wohnungen entsteht kein neuer Wohnraum und die WiD hat bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass sie mit ihren Bauprojekten nicht zügig genug vorankommt. Letztlich entschied sich der Stadtrat jedoch für den Ankauf.

#### ► Elternbeiträge

Die Folgen der Corona-Pandemie haben die finanzielle Belastung der Kindergärten auch in Dresden wesentlich erhöht. Lange Zeit stand die Befürchtung im Raum, dass diese Kosten eins-zu-eins auf die Eltern umgelegt werden. Um die schlimmsten Auswirkungen zu verhindern, hat sich die FDP-Fraktion mit CDU, SPD, Grünen und Linken zusammengesetzt und in intensiven Beratungen einen Kompromiss gefunden, der die zusätzliche Belastung der Eltern möglichst geringhält. Die Stadt springt ein, sodass die Erhöhung der Elternbeiträge deutlich geringer ausfällt, als von der Verwaltung geplant. Zudem werden Alleinerziehende durch eine Erhöhung des Erlassbetrages entlastet.

# 6

## Verkehr, Infrastruktur und Bau

Eigentlich könnte sich die Landeshauptstadt Dresden zum Vorreiter bei modernen, urbanen Verkehrskonzepten machen. Mit dem Know-how der Exzellenzuniversität TU Dresden und der HTW Dresden auf dem Gebiet der Verkehrswissenschaften sollte das möglich sein. Stattdessen häufen sich die Probleme im Verkehrssektor, gelöst wird kaum eins. Wieder sind fünf Jahre vergangen und außer ein paar neu aufgemalten Radwegen und einigen gescheiterten Verkehrsversuchen auf der Carolabrücke oder zuletzt am Blauen Wunder hat sich nicht viel getan. Die Königsbrücker Straße ist immer noch nicht saniert, auf die Stauffenbergallee kommt erst mal eine Teerdecke und die richtige Sanierung wird in die Ferne geschoben, das Stadtbahnprogramm 2020 ist weiter weg von einer Umsetzung als jemals zuvor und der Ullersdorfer Platz immer noch nicht begonnen. Die Verlängerung der Straßenbahnlinie nach Weißig wurde gleich ganz beerdigt. Dabei sind gerade das dringende Themen, an denen gearbeitet werden muss. Durch die Neuansiedlung von TSMC im Dresdner Norden werden nun auch Erweiterungen von ÖPNV-Linien in diesem Bereich nötig. Und die nördliche Königsbrücker muss einschließlich der maroden Brücke am Industriegelände genauso ertüchtigt werden – hierfür wurde noch nicht einmal angefangen zu planen. Während also die eine Hälfte der Verwaltung über die Ansiedlung der großen Fabriken im Norden jubelt, schläft die andere Hälfte bei den anstehenden Herausforderungen. Ist es doch für diese Teile der Verwaltung einschließlich der Verwaltungsspitzen wichtiger, Bilder auf Fahrradstraßen oder neu aufgemalten Radstreifen zu produzieren. Für uns als FDP-Fraktion ist das die völlig falsche Prioritätensetzung.

Übrigens sieht es im Baubereich mit der Prioritätensetzung nicht besser aus. Der Bau des neuen Stadtforums, das wir unterstützt haben, geht voran, denn auch die Verwaltungsunterbringung muss vernünftig gelöst werden. Dagegen ist der schon jetzt dringend benötigte Wohnungsbau in den letzten Jahren nahezu vollständig zum Erliegen gekommen. Allen voran ging dabei die städtische Wohnungsbaugesellschaft, die nicht mehr zu vernünftigen Kosten Sozialwohnungen bauen kann. Gestiegene Baupreise sind dabei nur ein Teil des Problems, hohe Auflagen seitens der Stadt, viele verhinderte Bauprojekte durch den Stadtrat, wie z.B. am Leutewitzer Park, und gestiegene Anforderungen an die Sozialwohnungsquote über das kooperative Baulandmodell tun ihr übriges zum gegenwärtigen Zustand. Am Liebhaberprojekt Narrenhäusel sieht man sehr deutlich, wie sehr die Stadtverwaltung Bauherren gängelt und den Bau von Gebäuden verhindert. Allein hierfür haben sich die Kosten um eine Million Euro erhöht, dabei wurde bisher kein einziger Spatenstich getan.

## Parkplatzsituation: Karl-Marx-Straße verliert knapp 100 Stellplätze

Fast 100 Parkplätze hat die Stadtverwaltung im Sommer 2023 an der Karl-Marx-Straße ersatzlos für einen Radweg gestrichen. Eine vollständige Kompensation gab es dafür nicht, trotz eines früheren gegenteilig lautenden Beschlusses des Stadtrates, dass für entfallende Parkplätze unverzüglich Ersatz zu schaffen ist. Zwar hat die Landesdirektion ein rechtliches Problem mit diesem Beschluss, die Stadtverwaltung dazu aber auch aufgefordert, einen rechtsgültigen Beschluss herzustellen und diesen umzusetzen. Getan hat sich wie bei so vielen Angelegenheiten nichts. Und trotz Vorschlägen der FDP-Fraktion, wo sich im Umfeld der Karl-Marx-Straße Ersatzstellflächen finden lassen, wurde nichts davon seitens der Verwaltung umgesetzt. Stattdessen herrscht nun seit zwei Jahren nach der Wegnahme der Stellplätze ein hoher Parkdruck in den Nebenstraßen und viele Ältere müssen weite Wege bis zu Ihren Autos laufen.



## Bautzner Straße: Doppelter Radweg und Wegnahme einer Kfz-Spur



Im Oktober 2023 leistete sich die Stadtverwaltung einen weiteren Beitrag mit hohem Kopfschüttelwert. Auf der Bautzner Straße wurde in Höhe der Elbschlösser Richtung Mordgrundbrücke ein Radfahrstreifen auf der Straße angelegt. Die Folge: der Kfz-Verkehr rückte auf die Straßenbahn-gleise, was die Gefahr birgt, dass nun ÖPNV und Kfz gleichermaßen im Stau stehen werden. Aber: genau an dem Stück der Bautzner Straße gibt es bereits einen Hochbord-Radweg, der neben dem Fußweg verläuft. Beide Radstreifen, alter wie neuer, hören an einer Stelle kurz vor der Mordgrundbrücke wieder auf und ab dort müssen sich Radfahrer im Kfz-Verkehr einordnen. Welchen Sinn ein solch zusätzlicher Radweg haben soll, ist nicht klar, lediglich ein Symbol ist darin zu erkennen. Die eigentlich gefährliche Stelle für Radfahrer nach der Mordgrundbrücke den Hirschberg nach Weißig hinauf wurde dagegen nicht entschärft. Dabei wäre es an dieser Stelle wesentlich sinnvoller, eine Kfz-Spur wegzunehmen und eine Radspur einzuordnen. Das hat die FDP-Fraktion bereits 2018 gefordert und der Stadtrat hat genau das beschlossen, die Stadt blieb einmal mehr untätig. Im Zuge eines Eilantrages wiederholte die FDP-Fraktion die Forderung und verlangte ebenso den Stopp der neuen Radwegmarkierung. Die wurde aber mit Bekanntwerden des Eilantrages vorgezogen und am Tag der Stadtratsentscheidung in einer Nacht- und Nebelaktion auf der Straße aufgebracht.

## Hierfür haben wir uns eingesetzt:

### ► Verkehrsversuch am Blauen Wunder

Trotz heftigen Widerspruchs aus dem Stadtrat und gegenteiliger Einschätzungen von Verkehrsexperten, Polizei und DVB sowie klar nachteiligen Simulationsergebnissen im Vorfeld begann im April 2024 ein sogenannter Verkehrsversuch am Blauen Wunder. Dabei wurde eine der Autospuren durch eine Fahrradspur ersetzt. Das führte unmittelbar zu schwerem Verkehrseinschränkungen und massiven Rückstaus, Schulbusse verspäteten sich bis zu 50 Minuten. Auf Druck mehrerer Stadtratsfraktionen, darunter der FDP, Anwohnern, betrieblicher und medizinischer Einrichtungen und bürgerlicher Initiativen musste der Verkehrsversuch nach einer Woche wieder eingestellt werden. Zu groß waren die Auswirkungen auf den fließenden Verkehr und die täglichen Staus. Die FDP-Fraktion hofft, dass bei zukünftigen Versuchen, die eindeutigen Ergebnisse der Simulationen vorab ernst genommen werden und ein so hoffnungsloses Projekt gar nicht erst gestartet wird. Das schont nicht nur die Nerven der Dresdner, sondern auch die Stadtkasse. Die 70.000 Euro für die Aufbringung der Radwegmarkierung wären an anderer Stelle besser investiert gewesen.



### ► Eine Radwegbeleuchtung für den Elberadweg

Der Elberadweg ist die beliebteste und eigentlich sicherste Route für Fahrradfahrer in Dresden. Touristen nutzen in den Sommermonaten die Strecke. Das ganze Jahr über sind in den Morgen- und Abendstunden auch viele Pendler unterwegs. Außerdem wird er an vielen Stellen rege von Fußgängern, Joggern, Skatern, Nordic Walkern, Hundebesitzern und Spaziergängern mit Kinderwagen genutzt. Der mehrfach beschlossene Ausbau des Elberadweges ist dringend erforderlich, wird jedoch weiter auf sich warten lassen, sodass es bereits tagsüber an vielen Engstellen zu gefährlichen Situationen zwischen unterschiedlichen Verkehrsteilnehmern kommt. Bei eintretender Dunkelheit vor allem im Herbst und Winter wird es durch die beeinträchtigten Sichtverhältnisse noch unsicherer. Das resultiert zum Beispiel aus der schlechten Sichtbarkeit von Fußgängern und Joggern und der hohen

Geschwindigkeit von konventionellen Fahrrädern und E-Bikes, deren Beleuchtung meist nicht geeignet ist, um ein ausreichendes Sichtfeld zu schaffen. Deshalb soll mehr Licht auf den Radwegen die Verkehrssicherheit für alle erhöhen, besonders auf den unbeleuchteten Abschnitten der am stärksten frequentierten Stellen des Elberadweges im innerstädtischen Bereich auf beiden Elbseiten. Der Elberadweg soll um eine geeignete Form der Wegebeleuchtung einschließlich einer Prüfung autarker Systeme beispielsweise durch Solarleuchten erweitert werden. Das hat die FDP-Fraktion als Initiative im Stadtrat gefordert und erfolgreich beschließen lassen. Hier ist nun die Stadtverwaltung in der Pflicht, eine entsprechende Konzeptstudie zu erstellen.



### ► Auswirkungen Parkgebührenerhöhung

Die Parkgebührenerhöhungen in der Altstadt und der Neustadt durch CDU, Grüne, Linke und SPD mitten in der Corona-Zeit haben nicht zu den gewünschten Einnahmen geführt. Die erhofften Einnahmen in Höhe von 14,3 Mio. Euro wurden deutlich verfehlt, stattdessen gab es gerade einmal 9 Mio. Euro im Jahr 2023. Die geringen Einnahmen durch die deutlich erhöhten Gebühren stehen dabei in keinem Verhältnis zu dem wirtschaftlichen Schaden, der in der Innenstadt verursacht wurde. Das hielt die betreffenden Fraktionen im Stadtrat nicht davon ab, über eine weitere Gebührenerhöhung nachzudenken. Das verhinderte die FDP-Fraktion im Rahmen der Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2023/24.



# Impressum

---

## Herausgeber

FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat mit den Stadträten  
Christoph Blödner, Franz-Josef Fischer, Holger Hase,  
Robert Malorny, Holger Zastrow

## Redaktion

Jacqueline Masopust (V.i.S.d.P.), Max Hempel,  
Thomas Widra

## Gestalterisches Konzept, Satz, Layout

Karsten Prauße

## Herstellung & Druck

SDV Direct World GmbH

## Bildnachweise

Archiv der Fraktion, außer  
Karsten Prauße; Seite 6, 9, 20  
Dixieland-Parade: Wikipedia/Brücke-Osteuropa: Seite 12

Titelgrafik designed by Harryarts/Freeplik

## Kontakt

FDP-Fraktion im Stadtrat  
der Landeshauptstadt Dresden  
Dr.-Külz-Ring 19  
01067 Dresden  
Tel. 0351/488 1035

E-Mail [fdp-fraktion@dresden.de](mailto:fdp-fraktion@dresden.de)  
[www.fdp-fraktion-dresden.de](http://www.fdp-fraktion-dresden.de)

Diese Druckschrift ist eine Information über die parlamentarische Arbeit der FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat. Sie darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.



**Freie** **FDP**  
**Demokraten**  
im Dresdner Stadtrat

FDP-Fraktion im Stadtrat  
der Landeshauptstadt Dresden

---

Mehr Informationen finden Sie unter:  
[www.fdp-fraktion-dresden.de](http://www.fdp-fraktion-dresden.de)